

Anfrage Nr. 102
der Fraktion der FDP

betr. Einebnung deutscher Friedhöfe in Polen.

Die in Hamburg erscheinende Ostdeutsche Zeitung bringt eine Meldung, daß auf Anordnung des polnischen Innenministeriums sämtliche auf polnischem Staatsgebiet erhalten gebliebenen deutschen Friedhöfe bis zum 1. September 1950 eingeebnet werden sollen, um einem „fühlbaren Mangel“ an Baugrundstücken und Ackerland abzuhelpfen.

Die Bundesregierung wird um Auskunft gebeten,

1. ob diese Meldung zutrifft;
2. ob sie beabsichtigt, bei der Hohen Kommission mit dem Ziele einer alliierten Intervention bei der polnischen Regierung vorstellig zu werden.

Bonn, den 14. Juli 1950

Dr. Pfeleiderer
Rüdiger
Gaul
Dr. Preusker

Dr. Preiß
Stegner
Dr. Blank
Dr. Schneider

Dr. Hammer
Kohl (Württemberg)
Dr. Becker (Hersfeld)
Frau Hütter